

nicht zu stellen und Vorschriften für ihren Geschäftsbetrieb zu erlassen. Die Gemeinden können die Aufhebung von Betriebs- oder Pachtverträgen verlangen. Sie können zum Zweck des ausschließlichen Betriebes eines Wirtschaftszweiges (Gemeindemonopol) die Fortführung und auch die Errichtung gleichartiger privatwirtschaftlicher Unternehmungen verbieten. Schon zur Vorbereitung eines Kommunalisierungsbeschlusses kann die Errichtung neuer privatwirtschaftlicher Unternehmungen bestimmter Art untersagt werden, um zu verhindern, daß während der Vorbereitung eines Monopolisierungsbeschlusses neue Betriebe mit der Absicht gegründet werden, eine hohe Entschädigung herauszufordern. Ein solches Verbot tritt nach zwei Jahren außer Kraft, wenn der betreffende Kommunalisierungsbeschluss inzwischen nicht gefaßt und durch zweiten Gemeindebeschluss bestätigt worden ist. Es darf dann erst nach Ablauf weiterer zwei Jahre wiederholt werden. Die Befähigung des Kommunalisierungsbeschlusses durch einen zweiten, vier Wochen später zu fassenden Gemeindebeschluss hält die Kommission für nötig, um zu verhüten, daß eine Kommunalisierung von einer Zufallsmehrheit in der Gemeindevertretung beschlossen werde.

Jeder Kommunalisierungsbeschluss ist einem Verwaltungsgericht zur Prüfung zu unterbreiten. Er tritt erst endgültig in Kraft, wenn das Verwaltungsgericht nicht binnen zwei Monaten nach der Vorlegung Einspruch erhoben hat. Dieser Einspruch kann aber im wesentlichen nur auf Formfehler des Gemeindebeschlusses gegründet werden. Ausdrücklich heißt es in der Begründung dieser Vorarbeit, daß die Prüfung der **Wirksamkeit** von Kommunalisierungsbeschlüssen durch die Verwaltungsgerichte ausgeschlossen ist, weil diesen damit eine außerhalb ihrer Zuständigkeit liegende Beurteilung wirtschaftlicher Maßnahmen zugewiesen würde.

Ein weiteres Einspruchsrecht ist dem vom Kommunalisierungsbeschluss direkt Betroffenen gegeben. Er ist berechtigt, die auf Grund des Gemeindebeschlusses im einzelnen — eben in seinem Falle ergangenen Anordnungen im Verwaltungsstreitverfahren anzufechten. Eine solche Klage hat aufschiebende Wirkung, vermag also die Durchführung der Kommunalisierung im einzelnen Falle aufzuhalten.

Die Frage der Entschädigung war außerordentlich schwer zu beantworten. Die Kommission war bemüht, gerecht zu sein gegen alle Teile; redlichem Schaffen nicht wohlverdienten Lohn zu nehmen, und doch die Gemeinden nicht so mit Entschädigungspflichten zu belasten, daß die Kommunalisierung eine schöne Hoffnung bleiben müßte. Sachverständige, darunter etliche der bewährtesten Oberbürgermeister, sind gehört worden. Nach sehr eingehenden Beratungen wurde im wesentlichen beschlossen: Bei Feststellung der Entschädigung ist zugrunde zu legen der Ertrag, welcher bei Verhaftung der gesamten Wirtschaftslage nach der gegenwärtigen und voraussichtlich anhaltenden Ertragsfähigkeit des Unternehmens zu errechnen ist. . . . Die Entschädigung darf in keinem Falle den gemeinen Wert des Unternehmens übersteigen.

Erwähnt sei, daß die Mitglieder der Kommission v. Baetoch, Kraemer, Melchior und Bogelstein in einem Sonderprotokoll verlangen, den persönlich in dem Unternehmen tätigen Unternehmern in Form einer zu bestimmten Zeit laufenden oder einer kapitalisierten Rente auch den Verlust zu ersetzen, den sie durch das Aufhören ihrer Tätigkeit in dem Unternehmen erleiden, soweit nicht dieser Verlust durch Erwerbsmöglichkeit in einer dem Unternehmer billigerweise zuzumutenden neuen Erwerbstätigkeit ausgeglichen wird.

Die in kommunalisierten Unternehmungen beschäftigten Angestellten und Arbeiter werden nach dem Vorschlage der Kommission zu den Bedingungen der bestehenden oder mit den zuständigen Berufsorganisationen abzuschließenden Tarifverträge von der Gemeinde übernommen. Die länger als ein Jahr bei einem kommunalisierten Unternehmen beschäftigt gewesen Angestellten und Arbeiter, die nachgemieteten infolge der Kommunalisierung ihre bisherige

Beschäftigung verlieren, ohne anderweit entsprechende Stellung zu finden oder sonst geschädigt werden, erhalten Entschädigung von der Gemeinde bis zur Dauer eines Jahres. Im weitem soll hier maßgeblich sein das bei der Übernahme von Elektrizitätswerken auf das Reich geübte Verfahren.

Auch bei der Aufhebung eines Betriebs- oder Pachtvertrages wird natürlich eine angemessene Entschädigung gewährt. Bei allen Entschädigungsfällen sind die besonderen Umstände in Rücksicht zu ziehen, um unbillige Härten zu vermeiden.

Hiermit ist das Wichtigste aus dem Vorschlage der Sozialisierungskommission vom 24. September 1930 berichtet. Der erste Wille, den Forderungen unserer Zeit Rechenschaft zu tragen, kann nicht verkannt werden. Was der Entwurf der Sozialisierungskommission bietet, wird jedoch als das Mindeste dessen, was sie fordern muß, hingenommen werden. Von diesem Minimum wird die bürgerliche Regierung nichts abhandeln können, obwohl die Rechtsparteien darauf drängen werden. Die Entschädigungen für die von der Kommunalisierung direkt betroffenen Unternehmer werden über die heutige Leistungsfähigkeit der meisten Gemeinden hinausgehen.

Ein Vorstoß der Deutschnationalen. Gegen das Koalitionsrecht.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„In der Nacht vom 5. zum 6. d. Mts. sind die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke unter Bruch aller gewerkschaftlicher Grundzüge in einen sogenannten wilden Streik getreten, der bis zum 11. d. Mts. gedauert hat.

Durch den Streik, von dem die gesamte Elektrizitätsversorgung Berlins betroffen wurde, sind die schwersten Schäden und Gefährdungen für das ganze Wirtschaftsleben, für Verkehr, und zwar auch der Staatsbahnen, für die öffentliche Ordnung und Sicherheit und für Leben und Eigentum der Bevölkerung heraufbeschworen worden.

Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um künftige ähnlichen Streiks wirksam zu begegnen und die Staatsautorität aufrecht zu erhalten? Ist die Reichsregierung bereit, die Technische Reichshilfe, falls dies erforderlich sein sollte, zweckentsprechend zu ergänzen und auszugestalten, insbesondere aber die zu treffenden Vorkehrungen dahin auszuweiten, daß nicht nur die Versorgung der sogenannten lebenswichtigen Betriebe, sondern auch der gesamten Bevölkerung mit Elektrizität, Gas und Wasser sichergestellt wird?

Ist die Reichsregierung ferner bereit, zur dauernden Erreichung dieser Zwecke einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die am 10. d. Mts. zum Schutze gegen wilde Streiks und wilde Ausfährungen in lebenswichtigen Betrieben erlassene Verordnung des Reichspräsidenten ersetzt und ergänzt und diesen Schutz der lebenswichtigen Betriebe auf den öffentlichen Verkehr und die Landwirtschaft ausdehnt?

Es ist an sich nur allzugut zu verstehen, daß die Reaktion den Mißbrauch, den die Elektriker mit dem Streikrecht getrieben haben, sofort ausmüht, um einen energischen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht überhaupt zu unternehmen. Jede mißbräuchliche Handhabung des Koalitionsrechtes gibt natürlich denen, die auf der Lauer liegen, es zu beschneiden, willkommene Waffen in die Hand.

Trotzdem muß natürlich dem Ansinnen der Rechten energisch entgegengetreten werden, wegen eines nicht zu verantwortenden Streiks eine derartig weitgehende Einschränkung des Koalitionsrechtes vorzunehmen, wie sie von den Deutschnationalen gefordert wird. Es ist sehr bezeichnend, daß die Reaktionen sich jetzt für den Streik der Elektriker an den — Landarbeitern rächen wollen! Hier zeigt sich deutlich der agrarische Werdeseuf, wie sich der schmerzliche in der Forderung zeigt, die Tätigkeit der Technischen Reichshilfe über die Verrichtung von Notstandsarbeiten auf die gesamte Arbeit auszudehnen.

Die Arbeiterschaft aber darf sich mit einer parlamentarischen Bekämpfung des deutschnationalen Antrags

nicht begnügen lassen. Auf die Dauer wird die einzig wirksame Bekämpfung derartiger Anträge darin bestehen, daß eine mißbräuchliche Benutzung des Streikrechtes wie beim letzten Elektrikerstreik vermieden wird. Geht es nicht, dann steht zu befürchten, daß die in der Vorbereitung erzeugte Mißstimmung sich in radikale Parlamentsbeschlüsse umsetzt, denn einstweilen haben wir noch einen Reichstag mit bürgerlicher Mehrheit und werden ihn auch nicht los werden, solange die Arbeiterschaft sich weiter in eigene Fleisch schneidet.

Die neue Schlichtungsordnung.

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Nachdem die Beratungen beendet sind, die von der 13gliedrigen Kommission und Vertretern der großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände im Reichsarbeitsministerium über den vorliegenden Entwurf einer Schlichtungsordnung geführt worden sind, wird zurzeit der endgültige Entwurf unter weitestgehender Berücksichtigung der Ergebnisse der Kommissionsberatungen ausgearbeitet.

Dieser wird nach seiner Fertigstellung entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung zunächst dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat, alsdann dem Reichsrat und schließlich dem Reichstag zugehen. Mit der Einarbeitung des Gesetzes im Reichstag kann für den Anfang des nächsten Jahres gerechnet werden.

Was den Inhalt des Entwurfes der Schlichtungsordnung anlangt, so sind die in der letzten Zeit, insbesondere anlässlich der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1930 in der rechts- wie in der linkspolitischen Presse erschienenen Notizen vielleicht geeignet, Irrtümern zu erregen. Ihnen gegenüber muß betont werden, daß die Schlichtungsordnung nicht ein „Polizei- oder Zwangs-gesetz“ werden soll, sondern daß sie dazu bestimmt ist, auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes der Parteien eine gütliche Einigung in Arbeitsstreitigkeiten in einer für beide Teile verhältnismäßig Weise herbeizuführen. Diesem obersten Gesichtspunkte werden sich alle Bestimmungen des zurzeit in Arbeit befindlichen Entwurfes der Schlichtungsordnung unterordnen müssen.

Haenisch und die Reaktion.

Im Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung eröffnete gestern die Beratungen des Kultusrats der deutschnationalen Abgeordnete Superintendent Brenisch. Er begann, wie die V. P. R. berichten, mit einer eingehenden Stellungnahme zur Persönlichkeit des Ministers, wie sie sich in seinem Buche „Glaube und Hochschule“ und in seiner gesamten öffentlichen Wirksamkeit spiegelt. Man gedenke den Eindruck eines uner-müdllich tätigen, hohen Zieles zurechtweisenden Mannes. Gerade wenn man unter dem Eindruck der erschütternden Heftigkeit der gegenwärtigen Zeit stehen, müsse man dankbar anerkennen, daß die preussische Unterrichtsverwaltung von einem Manne geleitet werde, der von der überragenden Bedeutung des Geistes für den Wiederaufbau durchdrungen sei. Man müsse weiter anerkennen, daß der Minister es verstanden habe, in und außerhalb Berlins mit Persönlichkeiten aller Richtungen in Fühlung zu treten und auf diese Weise zahlreiche Mißverständnisse aufzuklären und Reibungsflächen zu vermeiden. Auch habe der Minister es verstanden, für sein Ressort eine ganze Reihe befähigter Mitarbeiter zu gewinnen.

Wir geben diese Ausführungen in solcher Ausführlichkeit wieder, weil sie indirekt die verlorene Deb- und Agitationsmethode der deutschnationalen Presse charakterisieren. In den Wäutern vom Schloß der „Deutschen Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“ usw. wird an Genossen Haenisch kein gutes Haar gelassen. Bezüglich seiner fachlichen Befähigung stellen es diese Wäutler so dar, als sei er gänzlich unfähig für seinen Posten und ermangele jedes Verständnisses für seine Aufgaben. Die Rede des deutschnationalen Abgeordneten zeigt, wie bemüht und gegen bessere Ueberzeugung die deutschnationale Presse gegen sozialistische Minister hebt. Die „Deutsche Tageszeitung“ möge übrigens aus dieser Gegenüberstellung nicht wieder schließen, daß wir auf das Urteil „nationaler Kreise“ besonderen Wert legen. Wir legen nur Wert darauf, der Welt zu zeigen, von welcher ehrenwerten Presse diese „nationalen Kreise“ sich willig dirigieren lassen.

Neues Volkstheater: „Pericles von Tyrus“

Das überraschende Gelingen dieses mit den ganz beschränkten Mitteln einer kleinen Bühne unternommenen Experimentes, auf der Heinz Goldbergs Regie Hofmannsthal's „Pericles“ und „Tor und Lob“ so wenig hätte zum Klingen bringen können, zeigte wieder einmal, wie falsch es ist, aus dem Verlagen der und jener Einzelvorstellung einen Rückschlag auf das Fehlen künstlerischer Qualitäten der betreffenden Spielleitung überhaupt zu ziehen. Jede Regie bleibt an die mannigfachen für den Zuschauer unübersehbaren Bedingungen gebunden. In der Identischen Herausgestaltung dieses Märchenstücks, von dem es fraglich ist, ob Shakespeare es geschrieben oder es nur nach einem früheren Text für sein Theater eingerichtet hat, trat, wovon die Wiedergabe der Hofmannsthal'schen Szenen nichts bezerrt hätte, bei aller Sorgfalt, so Vertrautheit des Dekors eine bildhafte eigenartige Phantasie zutage. So hat vor dieser Eindruck, daß die Zuschauer am Schluß mit den Darstellern zugleich (was selten ist) auch den Leiter selber vor den Vorhang riefen. Das Werk, das früher wohl an der Münchener Hofbühne, aber in Berlin überhaupt nicht zur Aufführung gekommen ist, wird so im Neuen Volkstheater voraussichtlich sich lange auf dem Spielplan behaupten können.

Sein Reiz beruht nicht zum wenigsten darin, daß es eine so lebhaft antikommische Vorstellung von der naiven Art des volkstümlichen Bühnenstücks und Zeitgeschmackes gibt, den Shakespeare vordem, zu einer dramatischen Einheit, wie sie keinem der großen Shakespeare'dramen fehlt, so locker hier und da in Einzelheiten das Gefüge, läßt sich hier auch kaum nur ein Anstoß spüren. Man gab die Szenen in der freien, aber alles Wesentliche bewahrenden, geschickten gemessenen Nachdichtung Ellinger's. Mit unbefangener Lust am Fabulieren folgen die vier Akte den Wechseln, die eine alte englische Erzählung von dem Helden berichtet. Das Publikum, aus das das Drama wirken will, hat offenbar zu dem, das heute für die Kunst verlangt, eine noble Wohlverwandtschaft. Die allgemeine Lösung mit auch da: Je überraschender und abenteuerlicher, desto lieber. Nur daß hier über dem Gebirge der Begebenheiten, die die Handlung steuern, am Horizont von Krater der Welt poetischen Entschlusses, vertieften Fühlens und nachdenklichen Sinnes weiterleuchtet.

Die Komödie, die er Julia begegnet, in höchsten Tönen des Entzückens für ein anderes schönes Frauenlein schwärmt, geht auch dieser Pericles, die ihn Thaisas halbes Weltleben für alle Zeit erobert, gleichsam zur Probe und zur Vorbereitung durch eine andere Leidenschaft. Er wirbt mit Einigkeit seines Lebens um eine böse verheiratete Prinzessin, die die Prinzessin, wenn sie die ausgegebene Kräfte nicht zu ihm verdrängen, auf Schiffsfahrt; erkrankt, wird hilflos um dann als Ritter im Turnier Thaisas Huld zu gewinnen. Das Schöne, Jage der großen Liebe wird so geklärt, wie humoristisch überlegen dargestellt. Auf der Heimfahrt des jungerwählten Paares abermaliger Schiffsbruch! Die kleinste Gattin hat man in dicht verflochtenen Sorg ins Meer versenkt. Dann springt der Ober, den König Kolloff in dunkler Karrenstocher sehr temperamentvoll, flut und ausgelassen lustig sprach wie

auch sonst immer, wenn etwas zu erklären ist, im Witzwort des Dichters ein, und man erfährt: Nun seien noch dem Schiffsbruch hundert Jahre abgelaufen. Thaisas Tochterden — wie Pericles geteilt, indes von ihm getrennt — sei herzlich zum Ebenbild der Mutter aufgeblüht, doch drabe ihr Gesahr. Wirklich! Im nächsten Bilde will ein gedungener Räuber sie erlösen. Doch wird sie dann im letzten Augenblick von Banditen geraubt, die sie zu einer Sklavin verschleppen. Die tiefste Gemeinheit dieses Weibes, ihres lasterkranken, in einem Schlaraffen sich fortbewegenden Ehepaares und ihres renommierenden Kampans (Armin Schweizer) kommt in der Darstellung zu verblüffend grotesk phantastischem Ausdruck. So abstoßend die Szenen waren, so pädagogisch geben sie sich der Erinnerung ein. Von dem dunklen Hintergrunde hob sich in desto eindringlicherem scharfen Kontrast rührend die Gestalt des reinen, unschuldvollen Mädchens ab, dessen Hobeit den griechischen Grandseigneur, der sie mit Geld erlösen wollte, bündig und besänftigt. Prendliches Mädchenstüchlein fährt aus den Wirrwissen zu spätem Glück. Pericles, den der Schmerz um die Verlorenen in kranker Schwermut härtete, findet die Tochter wieder, und auch die Gattin, die als Dionos Priesterin im Tempel wartet. Die beiden weiblichen Figuren wurden durch Rosa Lichtenstein und Gertrud Kainz sympathisch verklärt. Wildt war ein männlich würdiger Pericles, vortrefflich namentlich im Schmerz und in der Seligkeit der letzten Szene. Einheitslich schloß das Ensemble sich zusammen; in keiner Nebenrolle eine störende Note.

Die Erde und ihre Bewohner. Nachdem die durch den Krieg unterbrochen gebliebenen Postverbindungen Deutschlands mit der übrigen Welt wieder aufgenommen sind, ist es möglich, statistische Angaben über Flächeninhalt, Bevölkerung usw. der verschiedenen Staaten zu erhalten. In dem „Gothaischen Kalender“ ist das vollständige Zahlenmaterial zusammengestellt. Die gesamte Land- oberfläche beträgt rund 140 Millionen Quadratkilometer. Hiervon entfallen auf die Distrikte (Asien, Europa und Australien) 98 Millionen Quadratkilometer, auf die Westküste (Nord- und Südamerika) 42 Millionen Quadratkilometer. Die Bevölkerung beträgt rund 1600 Millionen. Die Distrikte sind von 1404 und die Westküste von 205 Millionen Seelen bevölkert, während das Südpolarland unbewohnt ist. Die durchschnittliche Dichte beträgt 11,4 Einwohner auf den Quadratkilometer. Am dichtesten ist Europa bevölkert, das auf den Quadratkilometer 48,8 Einwohner aufweist, während in dem am schwächsten bevölkerten Australien nur 0,9 Einwohner auf 1 Quadratkilometer kommen. Auch Nordamerika ist verhältnismäßig schwach bevölkert mit 6,0 Bewohnern auf 1 Quadratkilometer. Am wenigsten ist noch die Bevölkerungsdichte von Persien, Arabien und dem Kongoplatz bekannt. Sie schwankt zwischen 4—8, 8—12 und 15—20 Millionen, so daß bei diesen Staaten ein Gesamtunterschied von 14 Millionen vorhanden ist. An der Zahl von rund 1700 Millionen Bewohnern der gesamten Erde ändert dies freilich nicht viel.

Wissenschaftliche Anstalten im Berliner Schloss. Das Berliner Stadtschloß, in dessen Haupttränke jetzt die Sammlungen des Kunstgewerbemuseums einziehen, wird nun zum Teil auch von wissenschaftlichen Anstalten besetzt. Auf der Seite des Söfander-Parkes

haben sich die Landesanstalt für Gewässerkunde, das Bureau für die Hauptindemmelung und das bisher in der Dorotheenstraße untergebrachte Psychologische Institut der Berliner Universität angesiedelt. Das von Prof. Stumpf geleitete Institut konnte für Fortschritte und Arbeitsplätze und für seine große Bedeutung hier zweckentsprechende Räume finden. Man darf hoffen, daß nicht mehr so viel psychologische Fehler gemacht werden wie beim früheren Schloßherrn.

Agethenheizung. Wie in der „Zeitschrift für Dampfessel- und Maschinenbetrieb“ mitgeteilt wird, hat man mit der Agethenheizung in der Schweiz günstige Erfahrungen gemacht. Die Bedienung des Feueres ist einfacher, die Anheizzeit kürzer, der Brennstoff selbst paratamer. Der Brennstoff wird in einem Agethenapparat erzeugt, dann mit Luft gemischt und verbrennt in einem Hochschlangensystem, ähnlich wie in einem Gasbrennfen. Die ganze Wasseremenge einer Zentralheizung konnte innerhalb 20 Minuten auf 70—80 Grad Celsius erwärmt werden.

Theaterkritik in Halle. Im Halle'schen Stadttheater verteidigten die Choränger, deren Lohnforderungen den Schlichtungsausschuß beschäftigten, am Donnerstag die Mitwirkung bei der Aufführung, falls ihnen nicht ein Vorstoß von 1000 M. gewährt würde. Es wurde dann ohne den Chor gespielt.

Erstaufführungen der Woche. So. Berliner Th.: „Die heimliche Nachtigal“. Fr. Thalia-Th.: „Volkskammer Leni“. So. Deutsches Th.: „Grafen von Rastatt“.

Urania. Freitag Dr. Schröder: „Gefahr und elektrische Beleuchtung“. Dienstag Dr. Schmidt: „Kraden, Land und Leute“. Sonntag: „Am Golf von Neapel“. Mittwoch Prof. Corde: „Kunstwerke“. Sonnabend: „Die schöne deutsche Stadt“. Donnerstag Prof. Spies: „Oswalds neue Farbenlehre“. Freitag Dr. Witz: „Japans-japanisches Volksleben“.

Musik. Bei dem Sonntag-Mittagskonzert des Schiller-Theaters sang Josef Kamm Weber von Wien. Außerdem: Robert Klavier-Lied in E-dur und das Klavier-Quintett in A-dur von Anton Dvorak. — Am Mittagskonzert des Deutschen Opernhauses wird am Sonntag Richard Strauss' „Sinfonie D-dur und Wagner's „Rugierkämpfe“ aufgeführt. Dirigent: Will Lehmann. — Am Bläser-Orchester findet Sonntag ein Probens-Absend statt. Solist: Margarete Wit. — Die für Sonntag von der Staatsoper in der Neuen Welt angeordnete Matinee mußte auf Sonntag, den 21. November, verschoben werden.

Eine Tombola-Lösung werden die Besucher des Opernhalls finden, den das Deutsche Opernhaus Sonnabend, den 13. im Hof veranstaltet. Statt der üblichen Tombola wird den Wäutern im Januar eine vollständige Opernaufführung der „Traviata“ geboten, zu der sämtliche Karten nach den Grundätzen der Volksbühne unter die Ballgäste zur Verteilung gelangen.

Wasserversorgung. Seit 1. Oktober darf auf Ruffallen keinerlei Fortmetsung mehr erhoben werden mit Ausnahme der Bergwerkswerke einiger weniger Firmen, bei denen der bisherige Zuschlag von 20 Proz. in Kraft bleibt.

Die Herbst-Ausstellung der Akademie der Künste wird am Montag, den 13. November, mittags 12 Uhr, vor geladenem Publikum eröffnet. Die Akademie ist mit dieser Veranstaltung zum erstenmal zu dem Zweck der allen akademischen Ausstellungen zurückzuführen, wie diese vor der Begründung der Großen Berliner Kunstausstellungen bestanden haben, d. h. die Akademie hat die ganze Künstlerwelt zur freien Beschaffung der Ausstellung aufgefordert.

Endlich habe ich in der Sitzung hauptsächlich um die...
Wiederholung von Konfessionen...
Wiederholung von Konfessionen...
Wiederholung von Konfessionen...

Der slowakische Rationalist...
In Putian (Mexiko) kam es zwischen Liberalen und Sozialisten...
Das Mühlhaus...
Der slowakische Rationalist...
In Putian (Mexiko) kam es zwischen Liberalen und Sozialisten...
Das Mühlhaus...

Die eingehende Prüfung der Sachlage hat die in Frage kommenden...
Die eingehende Prüfung der Sachlage hat die in Frage kommenden...
Die eingehende Prüfung der Sachlage hat die in Frage kommenden...

Groß-Berlin

Mordanschlag auf einen Hausverwalter.

Das Haus Alexandrinenstraße 75 war gestern Abend der Schauplatz eines Kapitalverbrechens. Dort wurde der Verwalter und Förderer des Hauses Robert Schulz, ein Mann von 39 Jahren, von zwei Männern überfallen, gezwungen und durch 10 Messerschläge in die Brust, den Rücken, den Hinterkopf und an den Handgelenken so schrecklich zugerichtet, daß er in hoffnungslosem Zustande nach dem Urban-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Auf die Kunde dieser Tat erschienen noch im Laufe des Abends der Chef der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe und die Leiter der Mordkommission, die Kriminalkommissare Gennat und Tretlin am Tatort, deren die ganze Nacht hindurch angestellten Ermittlungen wichtige Feststellungen zur Aufklärung des neuen Verbrechens und Festnahme der flüchtigen Täter machten. Oberregierungsrat Hoppe leitete mit Rücksicht auf die selten rote Art der Ausführung des Verbrechens eine Belohnung von 10 000 M. auf die Ergreifung der Täter aus.

Das Haus Alexandrinenstraße 75 an der Ecke der Sebastianstraße, ist in der Hauptsache ein Geschäftshaus. In dem Obergebäude befanden sich vier Geschäftsräume, und zwar im Erdgeschoß die Lederhandlung von Engels u. Göring, im ersten Stockwerk die Fahrradhandlung von Mosengeis, im zweiten die Preßberggolderei von Maritz Weise und im vierten die Ledergalanteriewarenhandlung von Fiebler. Unter einem Aufgang, der nach den Hinterzimmern dieser Werkstätten führt und der fast gar nicht benutzt wird, hat der Hausverwalter Schulz einen Anzimmersaal. Er selbst wohnt mit seinen drei Kindern im Keller des Seitenflügels. Als er gestern Abend um 8 Uhr das Gas ausdickte, fand er die Kinder noch dem Anzimmersaal. Als er überall die Treppenbeleuchtung abgestellt hatte, begab er sich ebenfalls nach dem Anzimmersaal. Die Kinder waren aber schon nach der Wohnung zurückgegangen. Auf fallenderweise aber fand er die Tür zum Aufgang geöffnet. Da die Kinder beschrien, sie abgeschlossen zu haben, ging er mit ihnen nochmals nach dem Keller und suchte diesen ab, ohne jedoch jemand zu finden. In seiner Wohnung angelangt, ob er Abendbrat, doch fand er keine Ruhe und ging nochmals allein nach dem Obergebäude, um sich davon zu überzeugen, daß auch wirklich alles in Ordnung sei. Verschiedene Einbrüche, die auf dem Grundstück in der letzten Zeit verübt worden sind, veranlaßten den Mann zu dieser besonderen Vorsichtsmaßregel. Bald darauf hörten die Kinder einen Schrei.

Als sie sich noch der Lesende umsehen, fanden sie den Vater mitten auf dem Hofe in einer großen Blutlache liegen. Eine starke Blutspur von der Kellerterrasse nach der Hundstiege läßt erkennen, daß der Mann am Kelleringang überfallen und dort mit einem scharfen Stilet bearbeitet worden ist. Die Täter sind über eine hohe Mauer nach dem Nachbargrundstück Sebastianstraße 83 entflohen. Einer von ihnen hat dabei auf die Teppichkante getreten und diese zerbrochen, während der andere sich an der Mauer herabgelassen und sich dabei stark mit weißem Haal bekleidet haben muß. Um ins Freie zu gelangen, haben sie auf dem Nachbargrundstück eine Oberlichtschiebe der Zwischentür eingeschlagen und von der Haustür das Schloß weggeworfen. Wie Zeugen gesehen haben, sind beide Verbrecher dann wieder in die Alexandrinenstraße hineingelaufen. Dort trennten sie sich. Während der eine nach der Innenstraße zu rannte und dort untertauchte, lief der andere nach der Dresdener Straße und sprang, da er sich verfolgt sah, auf einen um 8 1/2 Uhr abends dort vorüberkommenden Straßenbahnwagen per Linie 91. Einer der Verdächtige rief dem Schaffner nach zu, daß er den Fahrgast bezahle. Doch war die Entfernung bald so groß, daß keine genaue Verfolgung möglich war.

Die Kriminalkommissare Gennat und Tretlin nehmen Meldungen von Verionen entgegen, die zur Aufklärung des Verbrechens dienen können. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß der Schaffner des Wagens der Linie 91 sich meldet, dem der geschuldete Fahrgang sicherlich noch im Gedächtnis sein wird. In der Belohnung von 10 000 M. sollen alle Meldungen, die zweckdienliche Angaben machen können, beteiligt werden.

Auflösung der alten Stadtverordnetenversammlungen.

Mit dem gestern erfolgten Zusammentritt des neuen Magistrats Berlin und der Stadtverordnetenversammlung sind gemäß dem Gesetz über die neue Stadtgemeinde Berlin die bisherigen Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindeverordnungen aufgelöst. Es können daher Sitzungen dieser Versammlungen nicht mehr stattfinden. Die alte Berliner Stadtverordnetenversammlung, deren Aufhebung infolge des Reichsarbeiterstreiks mehrere Tage hinausgeschoben wurde, kann jetzt nicht mehr zusammengetreten und muß daher ohne Rücksicht auf die kommunalen Verhältnisse aufgelöst werden. Die Spandauer Stadtverordnetenversammlung ist noch zu einer Sitzung auf nächsten Sonntag zur Erledigung einer reichen Tagesordnung einzuberufen worden. Ihr Zusammentritt ist jedoch unmöglich, weil sie rechtlich nicht mehr besteht. Der Magistrat Berlin hat der Versammlung bereits durch Schreiben vom 22. Oktober mitgeteilt, daß die Stadtverordnetenversammlung nur bis zum Zusammentritt des neuen Magistrats und der neuen Stadtverordnetenversammlung besteht. Alle Bezirke Groß-Berlins müssen ihre kommunalen Fragen jetzt den Bezirksversammlungen überlassen, deren Eröffnungsitzungen in den Tagen vom 23. bis 25. November anberaumt worden sind.

Die gemischte Deputation zur Beratung der ersten Maßnahmen für die Einridung der neuen Verwaltung war bereits heute früh im Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth zusammengetreten, um über die Frage des Uebertrages bis zum Inkrafttreten der Bezirksverordnungen und über die Schaffung zentraler Verwaltungsdeputationen zu beraten. Heute nachmittags findet eine weitere Magistrats-sitzung statt, um die in der gemischten Deputation gefassten Beschlüsse zu Vorlagen zu gestalten, welche der Stadtverordnetenversammlung zur Vorlegung zu gelangen sollen.

Die Brennholzversorgung der Minderbemittelten.

Wie wir kürzlich berichteten, hatte der Verband der Berliner Brennholzgroßhändler in einer der Groß-Berliner Presse zugewandten Kost die Geschäftsführung der Holzwerke G. m. b. H. einer harten Kritik unterzogen. Die angegriffene Holzwerke erfuhr und hierauf um Aufnahme folgender Erlegungen:
Der genannte Verband hat bereits seit Monaten in Eingaben an die zuständigen Ministerien eine durchaus unrichtige Darstellung der Geschäftsführung der Holzwerke gegeben, worauf die genannte G. m. b. H. Veranlassung nahm, diesen Scherben eine ausführliche Darlegung und Erwiderung auf die Vorwürfe zugehen zu lassen.

Wichtig ist folgendes: Die Berliner Brennholzgroßhändler-Vereinigung hatte im Interesse der Verlockung der minderbemittelten Bevölkerung Berlins mit Brennholz erhebliche Abschlässe in Brennholz mit dem Handel getätigt. In Wirklichkeit aber standen alle diese Verträge lediglich auf dem Papier und die zur Lieferung verpflichteten Händler kamen ihren Verpflichtungen keineswegs nach, verlangten vielmehr mit Rücksicht auf die dauernd steigenden Preise und Frachten ständig Erhöhungen der vertraulich ausbedungenen Preise. Die erst anfangs November 1910 vom Kassenrat des Groß-Berlin gegründete gemeinnützige Gesellschaft „Holzhilfe“ hat unter den größten Schwierigkeiten es verstanden, bereits im Dezember 1910 also innerhalb weniger Wochen, erhebliche Mengen Brennholz nach Berlin zu schaffen. Wenn dabei berücksichtigt wird, daß die Forstverwaltung des Holz auf dem Stamm, alle ungeschälten zur Verfügung stellte und daß zum Abtransport lediglich die Wasserwege, die im November und Dezember 1910 größtenteils zugefroren waren, benutzt werden durften, weil die Eisenbahnen damals überlastet waren, muß angegeben werden, daß die Holzwerke den ihr obliegenden Aufgaben durchaus gerecht wurde.

Unrichtig ist ferner die Behauptung, daß die Holzwerke maßlos Profitgier in Brennholz verarbeitet hat. Das bei den Einklagarbeiten anfallende gesunde Aufschlag wurde der Forstverwaltung übergeben.
Zu den Einklagarbeiten der Holzwerke sind in großem Umfange Erwerbslose herangezogen und so im Interesse der Allgemeinheit einer nützlichenden Beschäftigung zugeführt worden. Wenn trotzdem die Verkaufspreise der Holzwerke auf einer weit unter den üblichen Verkaufspreisen des Handels liegenden Höhe gehalten werden konnten, so beweist das, daß die Verwaltungen auf einer durchaus bescheidenen Basis gehalten wurden.

Zusammenfassend sei festgesetzt, daß die Holzwerke in den Wintermonaten 160 000 Raummeter und bis 30. Juni 1920 — also in noch nicht acht Monaten — 260 000 Raummeter nach Berlin gebracht hat. Was diese Mengen für den Gesamtbedarf bedeuten, geht aus der Tabelle herab, die in früheren Nummern als Tabelle über den Brennholzbedarf für Berlin die Menge von etwa 180 000 Raummeter festgesetzt wurde.

Soweit der große Berliner Brennholzhandel sich bereits erklärte, sich an dem Betrieb dieses Brennholzes zu beteiligen, so ist dies im Vergleich zu den sonstigen sonst üblichen Verkaufspreisen, erheblich niedrigeren Sätzen zu betreiben, hat er jederzeit die weiteste Unternehmung bei der „Holzhilfe“ G. m. b. H. gefunden.
Allen voran stehen mußte aber immer die dringende Notwendigkeit, die Allgemeinheit nicht zum Spielball wilder Preissteigerungen auf dem Holzmarkt werden zu lassen und diese Aufgabe glaubt die Holzwerke in vollem Umfang erfüllt zu haben.

Für ein städtisches Gesundheitsamt.

Das wird folgendes geschrieben:
In der letzten Nummer der „Berliner Mittelschulischen Wochenblätter“ wird in einem Artikel über die „Neugestaltung der Groß-Berliner Verwaltung“ mit vollem Recht auf die „unheilvolle Verfallenerde“ in der Verwaltung des Gesundheitswesens in dem alten Berlin hingewiesen. Arztsorge, Krankenpflege, Einrichtungs-, Rettungswesen, Fürsorge für uneheliche Säuglinge werden nicht zu dem Arbeitsbereich der „Deputation für die Krankenanstalten und das öffentliche Gesundheitswesen“.
Und so fordert denn G. A. nachdrücklich ein großes städtisches Gesundheitsamt, „gestützt von einer einflussreichen Deputation für das Gesundheitswesen“, das alle Zweige der kommunalen öffentlichen Tätigkeit in sich zu vereinigen und zu regeln hätte. So erst würde auch dem Amte des Stadtmedizinalrates der rechte Inhalt gegeben werden können.

Ran kann sich diesen Ausführungen voll und ganz anschließen, und es ist zu hoffen, daß sowohl in der Stadtverordnetenversammlung wie im Magistrat sich eine Mehrheit für diese Forderung bilden wird, deren Erfüllung überhaupt erst die gedeihliche Entwicklung des Gesundheitswesens in dem neuen Groß-Berlin ermöglicht, mit allem Nachdruck einzuwirken wird.

Theater der Woche.

- Vom 14. bis 20. November.
- Volksbühne:** 14. 15. u. 16. Nach dem Tode. 17. u. 18. Die Räuber von Salomon. 19. u. 20. Robe und Liebe. 21. Das Räuber von Salomon. 22. u. 23. Die Räuber von Salomon. 24. u. 25. Die Räuber von Salomon. 26. u. 27. Die Räuber von Salomon. 28. u. 29. Die Räuber von Salomon. 30. u. 31. Die Räuber von Salomon.
- Deutsches Theater:** 14. u. 15. Die Räuber von Salomon. 16. u. 17. Die Räuber von Salomon. 18. u. 19. Die Räuber von Salomon. 20. u. 21. Die Räuber von Salomon. 22. u. 23. Die Räuber von Salomon. 24. u. 25. Die Räuber von Salomon. 26. u. 27. Die Räuber von Salomon. 28. u. 29. Die Räuber von Salomon. 30. u. 31. Die Räuber von Salomon.
- Reichstheater:** 14. u. 15. Die Räuber von Salomon. 16. u. 17. Die Räuber von Salomon. 18. u. 19. Die Räuber von Salomon. 20. u. 21. Die Räuber von Salomon. 22. u. 23. Die Räuber von Salomon. 24. u. 25. Die Räuber von Salomon. 26. u. 27. Die Räuber von Salomon. 28. u. 29. Die Räuber von Salomon. 30. u. 31. Die Räuber von Salomon.
- Opernhaus:** 14. u. 15. Die Räuber von Salomon. 16. u. 17. Die Räuber von Salomon. 18. u. 19. Die Räuber von Salomon. 20. u. 21. Die Räuber von Salomon. 22. u. 23. Die Räuber von Salomon. 24. u. 25. Die Räuber von Salomon. 26. u. 27. Die Räuber von Salomon. 28. u. 29. Die Räuber von Salomon. 30. u. 31. Die Räuber von Salomon.
- Opernhaus:** 14. u. 15. Die Räuber von Salomon. 16. u. 17. Die Räuber von Salomon. 18. u. 19. Die Räuber von Salomon. 20. u. 21. Die Räuber von Salomon. 22. u. 23. Die Räuber von Salomon. 24. u. 25. Die Räuber von Salomon. 26. u. 27. Die Räuber von Salomon. 28. u. 29. Die Räuber von Salomon. 30. u. 31. Die Räuber von Salomon.

Sonderbare Wandlungen.

Die „Magdeburgerische Zeitung“ kämpft heute mit einem Gegner, der wirklich einer besseren Sache würdig wäre, für die Orgel und deren heiligste Güter. Es ist nun sehr interessant zu sehen, daß die „Magdeburgerische Zeitung“ nicht immer die Argumente und sachlichen Mitteilungen des Orgel-Pressedienstes so hoch bewertet hat wie heute, da sie die Orgel schließlich als vollkommen betrachtet und alle ihre politischen Gegner als böshafte Teufel und Umstürzler hinstellt. Als nämlich im August d. J. die Enthüllungen über die Magdeburgerische Spitzelzentrale zuerst die Orgel der Öffentlichkeit in ihrem vollen Licht zeigten, da schloß sie sich so peinlich bloßgestellt. Die Orgel selbst, die bisher immer sozial Verständnis und Wohlwollen gefunden hatte. Aber der Artikel, den der sächsische Presseschef der Orgel (und zugleich Geschäftsführer des Landverbands für Sachsen und Anhalt) der Redaktion der „Magdeburgerischen Zeitung“ zu veröffentlichen zumutete, erschien denn doch selbst dieser als zu starker Tobak. Er wehrte voller Entrüstung jede Identifizierung der Orgel mit der aufgedeckten Spitzelzentrale ab, beschränkte die preussische Regierung, lediglich nach Parteigrundsätzen zu handeln, griff den Oberpräsidenten Hering an und stieß zum Schluß die Orgel selbst, von der übrigens behauptet wurde, daß sie in der Provinz Sachsen und Anhalt etwa 200 000 Mitglieder zähle, herab, daß um so weniger harmlose Gemüter mitzutun mußten. Die Redaktion der „Magdeburgerischen Zeitung“ gab blutenden Herzens den Verweis an Herrn Wed, den Orgel-Presseschef zurück und begründete die Ablehnung mit folgenden Worten:

Sehr geehrter Herr Wed!
Wir geben Ihnen den angebotenen Artikel ungeschminkt zurück. Er enthält neben manchem, was wir ihm entnehmen möchten, leider auch vieles, was nach unserer Kenntnis der Dinge nicht zutrifft und, weil es zu leicht widerlegt werden kann, die scharfe scharfe Position der „Magdeburgerischen Zeitung“ nicht verbessern, sondern schwächen würde.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Redaktion der „Magdeburgerischen Zeitung“, gez. Dr. G.
Der Artikel, der uns im Wortlaut vorliegt, ist nun aber noch um so mehr der allermitteilbarsten und vorzüglichsten, die aus der großen Orgel-Pressen-Presse (Magdeburgerische, Braunschweigerische, Zeitungen: „Aufbau“ und „Heimat und Fortschritt“) bisher hervorgegangen sind. Es werden in ihr nur einige der Tausende- und Verhundertjährigen verbrochen, die heute in schamlos häßlicher Dosis die orgelwürdige Presse tagtäglich verbreitet.

Es wäre außerordentlich interessant zu erfahren, warum die „Magdeburgerische Zeitung“ heute nicht mehr den gleichen Standpunkt bezieht wie damals und jetzt offenkundig dem Wert und der Nützlichkeit der Orgel so feindselig überzeugt ist, daß sie daraufhin mit ihr durch Duld und Dumm geht.

Arbeiteraristokratie.

In ihrer Sucht, sich revolutionär und marxistisch zu gebärden, schiffen die „Roten Fahnen“ mitunter die sonderbarsten Dinge. Es dürfte noch in aller Erinnerung sein, daß die Arbeiterlosen in leicht zu durchschauender Absicht eine Zeitung von den Kommunisten als „revolutionärer Fortschritt“, als „Arbeiteraristokratie“ ufa. bezeichnet und in dieser Eigenschaft leicht umwerfen wurden. Das hat sich jetzt plötzlich geändert und die „Roten Fahnen“ erklärt mit einemmal, die Arbeiteraristokratie sei auf unserer Seite. Wir danken namens der in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiterschaft aufrichtig für diese Erkenntnis, die nur leider etwas zu spät kommt. Außerdem scheint es, daß die „Roten Fahnen“ einer kleinen Vorlesung über Begriff und Wesen der Arbeiteraristokratie bedarf. Wir verstanden nämlich bisher unter der Arbeiteraristokratie die Kerntruppe des Proletariats, abgetrennt aus den besten Mitgliedern der Arbeiterschaft, die ihre Aufgabe in der Erziehung menschenwürdiger gesellschaftlicher Zustände für die Arbeiterklasse erblickten.

Andererseits kommunizieren. Wenn wir nämlich ihrem Hauptvorsitzenden Thalheimer in der „Roten Fahnen“ Gedanken schenken, so wäre die Arbeiteraristokratie die „weiße Schutztruppe der Bourgeoisie“ innerhalb der Arbeiterschaft selbst. Eine höchst sonderbare Auffassung, die sich nur aus der Verlegenheit erklären läßt, in welche die Warnung der S.P.D., sich nicht in einen neuen unorganisierten und disziplinlosen Generalkriegszug zu mel zur Freude der Reaktion hineinziehen zu lassen, die S.P.D. gebracht hat. Das das kommunistische „Führertum“ für die Arbeiter zu bedeuten hat, das haben die letzten Tage des Berliner Arbeiteraristokraten schlagend bewiesen.

Auslanderundschau.

Die Genfer Arbeiterkongress-Konferenz wird erst nach der oberösterreichischen Abstimmung stattfinden.
Die polnischen Neutralitätserklärungen für Sowjetrußland werden bekräftigt durch die Veröffentlichung eines Wladimir- und Begründungsschreibens von Bilubski an Pilsudski und eines entsprechenden Heller-Beispiels durch die Berliner Arbeiter-Presse. Trotz der demnach den General Belachowski in Belgien erließ.

